



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 653 583/1-V/2/85

An den  
Herrn Landeshauptmann von  
Niederösterreich

1010 W i e n

Landtag von Niederösterreich	
Landtagsdirektion	
Eing.:	8. FEB. 1985
Ltg.	GL-1/2
(115/L-1/2)	JK

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Kreuschitz

2388

L-1/2-1984

13. Dezember 1984

Betrifft: Gesetzesbeschluß des Niederösterreichischen Landtages vom 13. Dezember 1984, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (3. LVBG-Novelle 1984)

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 5. Februar 1985 beschlossen, der Kundmachung des im Betreff genannten Gesetzesbeschlusses gemäß Art. 98 Abs. 3 B-VG nicht zuzustimmen, sondern die hierfür zur Verfügung stehende Frist von acht Wochen ungenützt verstreichen zu lassen.

Die Bundesregierung ist dabei von folgenden Überlegungen ausgegangen:

1. Im Art. I Z 12 (§ 44 Abs. 1 lit. d) wird vorgesehen, daß das Ausmaß des Erholungsurlaubes "vom vollendeten 25. Jahr ab dem Stichtag 240 Arbeitsstunden" beträgt. Den Bundesbediensteten gebührt bei Vorliegen derselben Voraussetzungen ein Erholungsurlaub von 232 Arbeitsstunden.
2. Art. I. Z 14 sieht die Anhebung der Jubiläumsbelohnung ab dem 1. Jänner 1987 von derzeit 180 v.H. bei einer Dienstzeit von 25. Jahren auf 300 v.H. bzw. derzeit 150 v.H. bei einer

Dienstzeit von 40 Jahren auf ebenfalls 300 v.H. der im § 54 Abs. 2 des LVBG angeführten Geldleistungen. Bei einer Dienstzeit von 30 Jahren beträgt die Jubiläumsbelohnung unverändert 100 v.H. der im § 54 Abs. 2 leg.cit. angeführten Leistungen.

Im Art. I Z 22 wird eine etappenweise Anhebung der Jubiläumsbelohnung für die Jahre 1985 und 1986 auf 240 bzw. 150 v.H. angeordnet.

Beim Bund wird die Jubiläumszuwendung ab dem 1. Jänner 1987 200 bzw. 400 v.H. des Monatsbezuges betragen, für die Jahre 1985 und 1986 ist eine Jubiläumszuwendung von 150 bzw. 300 v.H. des Monatsbezuges vorgesehen.

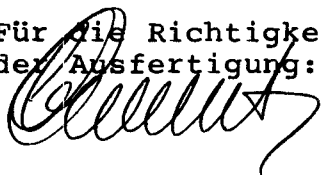
Obwohl die etappenweise Verbesserung bei den Bundesbediensteten lediglich zum Teil auf die schon bestehende Besserstellung der Niederösterreichischen Landesvertragsbediensteten aufgerechnet wird, ist die Begünstigung der Niederösterreichischen Landesvertragsbediensteten aus Anlaß des Dienstjubiläums nach wie vor beträchtlich, da einerseits in Niederösterreich 3 Anlaßfälle bestehen (beim Bund lediglich 2) und andererseits in Niederösterreich insgesamt mehr Jubiläumsbelohnung ausbezahlt wird als beim Bund.

3. Durch Art. I Z 16 werden auch Adoptivmütter in die Regelung einbezogen, derzufolge weiblichen Vertragsbediensteten, die innerhalb von 18 Jahren nach der Geburt eines Kindes aus dem Dienstverhältnis ausscheiden, eine Abfertigung gebührt. Durch diese Regelung sind die Adoptivmütter bessergestellt, als nach den für die Vertragsbediensteten geltenden Regelungen des Bundes.
4. Durch die Neufassung des § 65 Abs. 2. lit. d in Art. I Z 18 gebührt der volle Sterbekostenbeitrag auch den Eltern oder Geschwistern, sofern diese Personen die Kosten der Bestattung ganz oder teilweise getragen haben. Auch diese Regelung stellt eine Begünstigung gegenüber der Bundesregelung dar.

Im Hinblick auf den präjudiziellen Charakter dieser Maßnahmen für die weitere Entwicklung des Vertragsbedienstetenrechtes auf Seite des Bundes und die Beispielfolgerungen, die sich bei den anderen Gebietskörperschaften ergeben können, bedeutet der gegenständliche Gesetzesbeschluß eine Gefährdung von Bundesinteressen.

6. Feber 1985  
Für den Bundeskanzler:  
JABLONER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



-.-.-.-.-.-.-

Ergeht an:

Herrn Landtagspräsidenten Ferdinand REITER  
den Klub der ÖVP  
den Klub der SPÖ  
die Abt. I/PA - Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Heribert TAUBÖCK  
die LAD - Verfassungsdienst (Herrn Dr. STROHAL)

-----  
mit dem Ersuchen um gef. Kenntnisnahme.

8. Februar 1985  
Die Landtagsdirektion:



(Dworschak)